

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

Chance zur Reform des Ausländerbeirates nutzen!

Themen in dieser Ausgabe:

- Ausländerbeirat
- Ökomietspiegel / Energiepass
- Kommunales Immobilienmanagement
- Gebrauchsanleitung Deutschland
- Europäische Verfassung
- Gründungsvertrag für Europäische Grüne Partei

In dieser Ausgabe:

Chance für Reform des Ausländerbeirats nutzen!	1
Ökomietspiegel bietet Investitionsanreize!	2
Antrag: Ökomietspiegel / Energiepass	2
Grüne fordern Optimierung der Immobilienbewirtschaftung	3
Antrag zum kommunalen Immobilienmanagement	3
Gemeinsam handeln auf solider Basis!	4
Gladbeck-Kalender	6

[21.02.04] Die letzte Sitzung des Ausländerbeirates hat wieder mal gezeigt, welche autoritären und undemokratischen Strukturen in einem städtischen Gremium herrschen. Die Frage ist, vertritt ein solcher Beirat noch die ausländischen Mitbürger unserer Stadt und trägt er dazu bei, dass Integration gelingt. Beides kann man schon seit Jahren strikt verneinen.

Die Empfehlung des scheidenden Bürgermeisters an „die Machthaber“ des Ausländerbeirates das Gremium zur

„Mit dem Einwanderungsgesetz stehen uns entscheidende Aufgaben im Bereich Integration bevor!“

nächsten Wahl im November lediglich zu verkleinern und sonst bei diesem Status zu belassen, mag verwaltungstechnische Gründe haben, dass die Einrichtung eines anderen Modells zu aufwändig erscheint. Aber sie dient weder dem Anliegen unserer Stadt, noch macht es Herrn Schwerhoff glaubwürdig. Denn er hat selbst das Thema Integration und Zusammenleben in seiner Amtszeit zur Chefsache gemacht. Da wir dieses Gremi-

um nicht abschaffen können - nach §27 Gemeindeordnung müssen wir als Stadt in unserer Größe eine Migrantenvertretung einrichten - könnte Herr Schwerhoff am Ende seiner Amtszeit entscheidend dazu beitragen, diese Gremium zu reformieren.

Wenn mehr Mitbestimmung und Entscheidungskompetenz der Migranten ernst gemeint ist, muss die verantwortliche Politik und Verwaltung darauf drängen, die Empfehlungen des Innenministeriums, die letztes Jahr Oktober mit Mehrheit im Landtag beschlossen wurden, auch in Gladbeck umzusetzen und die Diskussion darüber auch mit dem jetzigen Beirat ernsthaft zu führen. Städte wie Duisburg und Solingen arbeiten seit der letzten Wahl erfolgreich mit anderen Modellen. Die Vertretung der Ausländerbeiräte (LAGA) auf Landesebene empfiehlt selbst die Strukturen zu verändern. In NRW überlegen bereits viele Städte zur nächsten Wahl Veränderungen, die über eine rein formale Umbenennung des örtlichen Ausländerbeirates hinaus gehen.

Unsere Verwaltung würde keinen Aufwand scheuen, um den Genehmigungsantrag beim Ministerium zu stellen, wenn sie im Ergebnis endlich ein demokratisches und an den Sachthemen orientiertes Migrations- und Integrationsausschuss als Kooperationspartner hätte, in dem Frauen



Stadverbandssprecherin Müzeyyen Dreessen spricht sich für eine Reform des Ausländerbeirates aus

genauso vertreten sind, wie Migranten anderer Herkunft, als nur türkischer. Denn Probleme gibt es genug, die in unserer Stadt gemeinsam abgearbeitet werden müssten. Wir können nicht noch länger ein städtisches Gremium zulassen, in dem solche autoritären und undemokratischen Strukturen herrschen wie bis jetzt. Wenn der jetzige Beirat nicht in der Lage ist, die notwendigen Schritte einzuleiten, sollten die politisch Verantwortlichen handeln. Mit dem bevorstehenden Einwanderungsgesetz stehen uns entscheidende Aufgaben im Bereich Integration bevor. Aber kein aktiver Migrant oder Deutscher lässt sich in einen Ausländerbeirat in jetziger Form wählen. Schon der Name ist ein Rückschritt.

→ [weitere Infos im Netz](#)

Ökomietspiegel soll Investitionsanreize bieten!

[27.02.04] Die Erstellung des städtischen Mietspiegels wollen die Grünen im kommenden Umweltausschuss am 8. März thematisiert wissen. Sie wollen prüfen, ob auch die wärmetechnische Beschaffenheit der Gebäude in den Mietspiegel einfließen könnte.

"Wohnungsmodernisierungen führen für den Mieter zu deutlichen Wohnwertverbesserungen", erläutert der umweltpolitische Sprecher der Grünen, Markus Holt, den Hintergrund des Antrages. So erhöht beispielsweise eine bessere Wärmedämmung den Wohnkomfort und verringert die Heizkosten.

Der Mietspiegel, der einen Überblick über die üblichen Entgelte für Wohnraum in einer Gemeinde verschafft, berücksichtigt solche Investitionen in Altbaugebäude jedoch nur unzureichend. Er wird maßgeblich durch das Baualter der Gebäude festgelegt, da bisher davon ausgegangen wird, dass Wohnungen aus gleichen Bauepo-

chen grundsätzlich auch miteinander vergleichbar sind. Gerade die Modernisierungstätigkeit der letzten Jahrzehnte - insbesondere auch im Bereich der Heizungs- und warmwasserbezogenen Ausstattung - stellt diese generellen Vergleichbarkeit jedoch in Frage. "Das Baualter hat seinen mietpreisdifferenzierenden Einfluss bald verloren", kritisiert der umweltpolitische Sprecher der Grünen, Markus Holt, daher die derzeitige Praxis des Mietspiegels.

Nach den Vorstellungen des Umweltpolitikers müssen die wärmetechnischen Gebäudeeigenschaften stärker in den Mietspiegel einfließen. Die Grünen verweisen dabei auf Darmstadt, die als erste deutsche Stadt einen ökologischen Mietspiegel herausgegeben hat. Das Darmstädter Modell verbindet die "wärmetechnische Beschaffenheit" eines Gebäudes mit konkreten Eigenschaften. Danach rechtfertigt bspw. eine Wohnung, deren Primärenergiebedarf für

das Heizen unter 175 kWh pro Quadratmeter und Jahr liegt, einen Zuschlag von 0,37 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Der Nachweis könne beispielsweise über einen Gebäude-Energiepass geliefert werden. Energiepässe machen die Heiz- und Warmwasserkosten sowie den Zustand der Gebäudehülle transparent.

Mit der Anpassung des Mietspiegels würde sich die Stadt damit auf die EU-Gebäuderichtlinie vorbereiten. Denn ab Januar 2006 muss bei jedem Mieter- oder Eigentümerwechsel ein solcher Energiepass vorgelegt werden, so Holt. Nicht zuletzt werde der Vermieter durch eine Berücksichtigung der wärmetechnischen Gebäudebeschaffenheit für Wohnungsmodernisierungen angemessen belohnt, während der derzeitige Mietspiegel nur unzureichende Investitionsanreize biete.

→ [weitere Infos im Netz](#)



Mit Wärmebildaufnahmen wird die Wärmedämmung der Gebäudehülle überprüft.

„Das Baualter hat seinen mietpreisdifferenzierenden Einfluss bald verloren!“

Antrag: Ökomietspiegel / Energiepass

Für den Umweltausschuss am 8. März stellten die GRÜNEN folgenden Antrag:

Als erste deutsche Stadt hat Darmstadt einen von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten Mietspiegel herausgegeben, der die „wärmetechnische Beschaffenheit“ eines Gebäudes als mietpreisbildenden Faktor nicht nur berücksichtigt, sondern mit konkreten Eigenschaften verbindet. Danach rechtfertigt bspw. eine Wohnung, deren Primärenergiebedarf für das Heizen unter 175 kWh pro Quadratmeter und Jahr liegt, einen Zuschlag von 0,37 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Er geht damit weit über das aktuelle, modular aufgebaute Gladbecker Modell hinaus, das

im übrigen eine u.U. wärmetechnisch ungünstige Modernisierungsreihenfolge begünstigt.

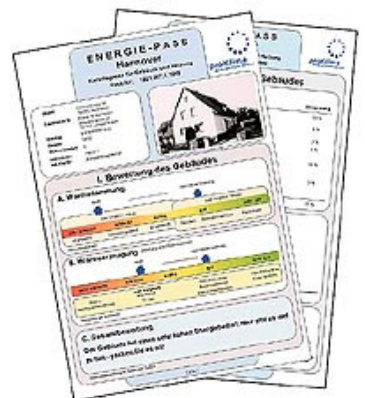
Der Darmstädter Mietspiegel wirbt nicht nur mit den Vorteilen der Wärmedämmung, die zu Heizkostenersparnissen für die MieterInnen führt, sondern beschreibt auch, welche Gebäude normalerweise eine entsprechende Einordnung erwarten lassen und wie man an den erforderlichen Primärenergienachweis kommt.

Beachtenswert ist der Darmstädter Ansatz aber auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass am 4. Januar 2003 die EU-Gebäuderichtlinie in Kraft getreten ist, nach der ab Januar 2006 bei jedem Mieter- o-

der Eigentümerwechsel in bestehenden Gebäuden ein Energiepass vorgelegt werden muss, der deren Heiz- und Warmwasserkosten sowie den Zustand der Gebäudehülle transparent macht; zur Zeit läuft in 10 Modellkommunen in NRW ein entsprechendes, vom Land gefördertes Vorbereitungsprojekt.

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept des Darmstädter Mietspiegels vor dem Hintergrund des in 2 Jahren obligaten Energiepasses in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses vorzustellen und evtl. Umsetzungsmöglichkeiten für Gladbeck zu skizzieren.



Energiepässe machen die Heiz- und Warmwasserkosten eines Gebäudes transparent.

GRÜNE fordern Optimierung der Immobilienbewirtschaftung

[18.02.04] Mit der Optimierung der kommunalen Immobilienbewirtschaftung soll sich auf Antrag der GRÜNEN der Haupt- und Finanzausschuss befassen. "Unsere städtischen Gebäude binden eine Menge Geld", begründet Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann die Initiative der grünen Ratsfraktion. Von der angespannten Haushaltslage bliebe auch die Unterhaltung dieser Immobilien nicht unberührt.

Einsparzwänge führten dazu, dass erforderliche Instandhaltungs- und Werterhaltungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden nicht mehr zeitnah und regelmäßig durchgeführt werden. Anstelle einer ökonomischen, vorausschauenden Gebäudebewirtschaftung sei immer häufiger nur ein "Nachsorgeverhalten" festzustellen. "Wir sind schon so weit, dass es erst dann zu Gebäudeinstandsetzungen kommt, wenn bereits Schäden eintreten", kritisiert Lehmann die bestehenden Verwaltungs-

strukturen. Beispiele wie der Fall des Kindergartens "Voßstraße" oder der Sporthalle am Nordpark zeigten den finanziellen Schaden auf, der durch unterlassene Gebäudebewirtschaftung entstehen kann und zu kurzfristigen, unplanmäßigen Belastungen des Haushalts führt.

Die Bündnisgrünen fordern in ihrem Antrag daher, die bisher auf viele Ämter zersplitterten Aufgaben zu zentralisieren. Durch Kompetenzbündelung und Konzentration der Kräfte beispielsweise in einem "Immobilienervicebetrieb" bei gleichzeitiger Einführung der kaufmännischen Buchführung ließen sich deutliche Einsparungen erzielen. Untersuchungen des deutschen Städte- und Gemeindebundes gehen davon aus, dass durch eine verbesserte Organisation der kommunalen Immobilienbewirtschaftung etwa 10 bis 20 % der Kosten eingespart werden können. Dies könne ein effektives Einsparpotenzial

von bis zu 5 % des Verwaltungshaushaltes bedeuten, also gemessen am Haushaltsplanentwurf 2004 bis zu 780.000 Euro im Jahr. Bei Ausgliederung der Immobilienwirtschaft könne der kommunale Haushalt darüber hinaus von den durch die öffentlichen Gebäude verursachten Krediten entlastet werden.

Obwohl das Innenministerium bereits im Mai 2003 mit Änderung der Gemeindeordnung den Städten die Möglichkeit gegeben habe, das erfolgreiche Modell der zentralen Immobilienbewirtschaftung umzusetzen, zögere der ausscheidende Verwaltungschef Schwerhoff (CDU) noch, den Modernisierungserfordernissen ins Auge zu sehen. "Immobilienervicebetriebe haben sich in vielen Städten seit Jahren bewährt", so Grünen-Chef Lehmann. Eine Überprüfung der kommunalen Immobilienbewirtschaftung sei daher auch in Gladbeck überfällig.



Nicht nur der Neu- und Ausbau unserer Schulen belastet den städtischen Haushalt. Andere Strukturen könnten eine effizientere Immobilienbewirtschaftung erlauben.

„Immobilienervicebetriebe haben sich in vielen Städten bewährt!“

Antrag zum kommunalem Immobilienmanagement

Für den Haupt- und Finanzausschuss am 29. März stellen die GRÜNEN folgenden Antrag:

Von der angespannten Haushaltslage bleibt auch und insbesondere die kommunale Immobilienbewirtschaftung nicht unberührt. Einsparzwänge führen dazu, dass erforderliche Instandhaltungs- und Werterhaltungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden nicht mehr zeitnah und regelmäßig durchgeführt werden. Anstelle einer ökonomischen, vorausschauenden Gebäudebewirtschaftung ist immer häufiger nur ein "Nachsorgeverhalten" festzustellen, wobei es erst dann zu Instandsetzungen kommt, wenn bereits Schäden eintreten. Beispiele wie der Fall des Kindergartens "Voßstraße"

oder der Sporthalle am Nordpark zeigen den finanziellen Schaden auf, der durch unterlassene Gebäudebewirtschaftung entstehen kann und zu kurzfristigen, unplanmäßigen Belastungen des Haushalts führt. Den kritischen Zustand unserer kommunalen Immobilien lassen diese Beispiele nur erahnen. Nicht ohne Grund spricht man daher auch von einer verdeckten Verschuldung, die die Kommunen in Form eines riesigen, progressiv ansteigenden Instandhaltungs- und Sanierungsstaus vor sich her schieben.

Hinzu kommt, dass die Bewirtschaftung der kommunalen Immobilien und Liegenschaften in Gladbeck nach wie vor nicht zentral organisiert ist. Vielmehr kann eine Zersplitte-

rung der Zuständigkeiten festgestellt werden: Organisations- und Überwachungskompetenzen sind auf die unterschiedlichen Fachämter verteilt, so dass beispielsweise das Schulamt die Schulgebäude und das Kulturamt die Bibliothek und die Stadthalle betreut. Das Hochbauamt übernimmt die technische Gebäudeunterhaltung, dem Hauptamt werden die Hausmeister- und Reinigungsdienste sowie neuerdings gar der Verwaltungsneubau zugeordnet und die Kämmererei wirkt bei der Etatermittlung für die kommunalen Immobilien mit. Kritiker sprechen zu Recht von einem "System der organisierten Unverantwortlichkeit".

→ [weiter lesen und zusätzliche Infos im Netz](#)



Die Publikation „Kommunales Immobilienmanagement“ steht als Download auf unseren Seiten zur Verfügung.

„Gebrauchsanleitung Deutschland“

[17.02.04] Von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Marieluise Beck, ist seit Mitte Februar ein Handbuch für Deutschland erschienen. Es ist ein Orientierungsleitfaden für Neuzuwanderer und länger schon unter uns lebende Migranten in fünf Sprachen.

Diese „Gebrauchsanleitung“ für Deutschland bietet auf 220 Seiten allen Einwanderinnen und Einwanderern, die mit dauerhafter Perspektive nach Deutschland kommen, erste und allgemeine Informationen zu Land und Leuten, Politik und Recht, Arbeit und soziale Sicherung sowie zu Alltagsfra-

gen wie Einkaufen, Wohnen, Verkehr, Finanzen, Gesundheit oder Freizeit. Die Druckausgabe ist je- weils zwei-

„Die Gebrauchsanleitung für Deutschland könnte ein Vorgeschmack auf das bevorstehende Einwanderungsgesetz sein“

sprachig in Deutsch und Englisch, Französisch, Türkisch, Russisch und Spanisch erhältlich. „Diese Orientierungshilfe könnte ein Vorgeschmack auf das bevorstehende Einwande-

rungsgesetz sein, wonach in Zukunft in Integrationskursen genau die Inhalte, wie in dem Handbuch vermittelt werden sollen“, meint die Stadtverbandsprecherin der Grünen, Müzeyyen Dreessen.

Für alle Einrichtungen, die in unserer Stadt mit Migranten arbeiten ist die „Gebrauchsanweisung für Deutschland“ sicherlich sehr interessant und kann über das Büro der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Rochusstraße 8 – 10, 53123 Bonn, Fax: 01888-5554934 kostenlos bestellt werden. Angeben muss man nur, in welchen Sprachen man das Handbuch haben möchte.

→ [weitere Infos im Netz](#)



„Bunte Republik Deutschland“

Gemeinsam handeln auf solider Basis! Europa braucht die Verfassung und mehr Mut zur Kooperation

Es ist Anfang 2004 und alles könnte so schön sein in Europa: Der historische Moment der Osterweiterung der Europäischen Union steht unmittelbar bevor. Die Europäer werden geeint, die historische Trennung wird überwunden. Mitte Juni wählen dann erstmals 500 Millionen Europäerinnen und Europäer ihr gemeinsames Parlament. Doch statt Aufbruch spürt man derzeit eher Katerstimmung in Europa. Denn das letzte Jahr war kein harmonisches: Es gab Meinungsverschiedenheiten über den Irak-Krieg, den Euro-Stabilitätspakt und nicht zuletzt über die neue Verfassung für Europa. Gänzlich beigelegt sind diese Konflikte noch nicht. Die neue Verfassung liegt vorerst auf Eis, da sich die Regierungen auf dem Dezember-Gipfel nicht einigen konnten. Am Streit über die Verfassung wird deutlich, dass Europa nicht nur institutionelle Mängel hat, sondern auch ei-

nen Mangel an Vertrauen.

Europe can do better

Doch wahrscheinlich war der Schock des Scheiterns im Dezember heilsam. Offenbar hat er die Erkenntnis befördert, dass alle mit der neuen Verfassung besser dran sind als ohne sie. Für Alternativen wie ein Kerneuropa fehlt es an praktikablen Konzepten, die attraktiver wären als ein gemeinsames großes Europa.

Deshalb ist es richtig, dass der Bundeskanzler einen Termin bis Jahresende gesetzt hat: Bis dahin müsse die Verfassung verabschiedet sein, danach sei ein Abschluss schon wegen der Wahlen in Polen und Großbritannien unwahrscheinlich. Immerhin - diese Frist ist besser als der Sankt-Nimmerleins-Tag. Der Plan der irischen Ratspräsidentschaft ist ehrgeiziger. Sie sieht sich ausreichend unterstützt, um schon

auf dem Frühjahrsgipfel neue Vorschläge vorlegen zu können, wie es mit der Verfassung weitergehen könnte. So steuert die Europäische Union, schneller als erwartet, von der Besinnungs- in die erneute Konsultationsphase.

Ursprünglich war das Ziel, vor der Erweiterung, aber mindestens vor den Europawahlen im Juni die Verfassung zu verabschieden. Schließlich sollen die Bürgerinnen und Bürger wissen, worüber sie abstimmen, wenn sie zur Wahl gehen.

Tritt die Verfassung, wie sie jetzt vorliegt, in Kraft, wird sich der Handlungsspielraum des Europäischen Parlaments stark erweitern. Dann erhält es ein umfassendes Recht, über die Gesetzgebung und den Haushalt mit zu entscheiden. Außerdem wird das Parlament den Kommissionspräsidenten wählen. Die Mehrheitsverhält-

(Fortsetzung auf Seite 5)



MdB Anna Lührmann ist Mitglied des Europa-Ausschusses des Deutschen Bundestags

(Fortsetzung von Seite 4)

nisse im Parlament wären dann bedeutsamer, wenn nicht sogar ausschlaggebend für die Wahl der Kommissionsspitze.

Natürlich hätten wir uns noch weiter gehende Befugnisse für das Parlament gewünscht. So sind uns im Entwurf der Verfassung die Ausnahmen vom Mitentscheidungsverfahren immer noch zu zahlreich. Trotzdem werden diese Neuerungen dem Parlament und somit auch den Europawahlen einen höheren Stellenwert geben. Deshalb ist eine Einigung vor der Wahl so wünschenswert.

Nizza oder Tod?

Eine entscheidende Verbesserung des Verfassungsentwurfs - gerade angesichts von bald 25 Mitgliedsstaaten - liegt darin, dass Ratsentscheidungen künftig in der Regel mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden. Auch hier sind allerdings die Ausnahmen zahlreich. Dennoch: Blockade-Politik in Brüssel wird in Zukunft schwieriger. Ab 2009 soll das komplizierte Nizza-System der gewichteten Stimmen im Rat durch die doppelte Mehrheit abgelöst werden. Dieser Streitpunkt erwies sich in den Verhandlungen im Dezember als unüberwindliches Hindernis, da Polen und Spanien sich partout nicht von ihren relativ großzügig gewichteten Stimmen verabschieden wollten. Die doppelte Mehrheit sieht vor, dass eine Mehrheit im Rat dann zustande kommt, wenn die Hälfte der Staaten zu-

stimmt, die zugleich 60 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren. Polen wie Spanien haben diese Lösung wohl vor allem deshalb verhindert, weil dadurch ihr Gewicht im Rat deutlich geschwächt würde. Auch wenn sich die polnische Regierung das Schlagwort „Nizza oder Tod“ offiziell nicht zu eigen machen wollte, hat sich Polen durch seine kompromisslose Position in dieser Frage letzten Endes isoliert. Anders als Spanien hat es sich praktisch keinen Verhandlungsspielraum offen gelassen. Sicherlich ist die polnische Haltung durch ungünstige innenpolitische Konstellationen zustande gekommen. Doch nun muss die polnische Regierung aus dieser Sackgasse wieder herausfinden. Immerhin gibt es auch in der polnischen Öffentlichkeit erste Stimmen, die von einem Pyrrhussieg für Polen sprechen.

Auch Deutschland ist im vergangenen Jahr nicht immer als europäischer Musterschüler aufgetreten. Die Haltung zum Irak-Krieg war in der Sache absolut richtig, die Kommunikation dieser Haltung gegenüber der Öffentlichkeit und den europäischen Nachbarn aber war unglücklich. Da wurde - im Verein mit Frankreich - viel Porzellan zerschlagen. In Sachen Stabilitätspakt haben wir Deutschen die von uns selbst durchgesetzten Maastricht-Regeln stark strapaziert - ebenfalls im Verein mit Frankreich.

Vor diesem Hintergrund lohnt

es sich zu fragen, ob die viel gelobten deutsch-französischen Beziehungen in letzter Zeit europapolitisch nicht auch kontraproduktiv gewirkt haben. Bei aller Wertschätzung dieser besonderen Beziehung - das forsche Gebaren des deutsch-französischen Doppelpacks hat in anderen Ländern, besonders auch in Polen, zu Irritationen geführt. Sie befürchten, die beiden Großen wollten die europäische Politik dominieren. Das schafft Abwehrreaktionen oder zumindest Misstrauen. Nationale Interessen zu vertreten ist sicher legitim. Doch zählt es sich langfristig nicht aus, allzu ungestüm vorzupreschen. Deutschland hat sich immer als Mittler in Europa verstanden und besonders als Anwalt der neuen Mitgliedsstaaten. Im Sinne Europas können Frankreich und Deutschland auch in Zukunft gemeinsam viel bewirken, doch nur, wenn sie die anderen Europäer ernst und mit auf den Weg nehmen. Gerade jetzt, da sich die Europäische Union durch die Erweiterung mehr verändert als viele sich eingestehen wollen.

Mehr Demokratie und gegenseitiges Vertrauen

Unterschiedliche Interessen und verschiedene Vorstellungen über die Gestaltung der Zusammenarbeit in der EU sind auch dem Europa der 15 nicht fremd - im Gegenteil. Durch die Erweiterung aber verschieben sich die Koordinaten. Neue Allianzen, neue Konstellationen werden sich

bilden - und dabei natürlich auch alte bestehen bleiben oder wieder belebt werden. Dieser Prozess ist im Gange und liegt zum Teil manchen der unterschwelligsten Konflikte zu Grunde, die an Kristallisationspunkten wie dem Irak-Krieg offen zu Tage treten. Wenn es um Macht oder Geld geht, ist in der EU schon immer mit harten Bandagen gekämpft worden. So bedeutsam wie die Meinungsunterschiede selbst sind häufig die Art und Weise bzw. der Tonfall, in dem der jeweilige Unmut geäußert wird. Von Chiracs arroganter Reaktion auf den Brief der acht europäischen Regierungen zum Irak-Konflikt bis zur Parole „Nizza oder Tod“ haben in letzter Zeit im europäischen Mit-einander höchst undiplomatische Töne Einzugs gehalten.

Unter 15 Staaten Einigung zu erzielen war schwer, unter 25 wird es ungleich schwerer. Die Europäer und ihre Regierungen müssen einsehen, dass sie in Zukunft mehr Dissens aushalten müssen. Sie müssen „mehr Demokratie wagen“ und bereit sein, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. Dazu aber braucht es gegenseitiges Vertrauen. Vertrauen in die Verlässlichkeit der Partner und das Vertrauen, gemeinsam mehr zu erreichen als allein. Die Erweiterung zum Erfolg zu machen bedeutet, den Mut zur Auseinandersetzung und den Willen zur Kooperation fruchtbar zu verknüpfen.

→ [weitere Infos im Netz](#)

GRÜNE gründen Europäische Partei – Vertrag feierlich unterzeichnet

In einer offiziellen Zeremonie haben die Vorsitzenden der 32 grünen Mitgliedsparteien feierlich den Gründungsvertrag der Europäischen Grünen Partei unterzeichnet und damit den Gründungsakt im Rahmen des Parteikongresses vollendet. Als Ort war bewußt das römische Kapitol ausgewählt worden, in dem bereits 1957 die

Römischen Verträge unterzeichnet wurden, die letztlich den Grundstein für die heutige Europäische Union legten. Mitglieder der deutschen grünen Delegation zeigten sich überzeugt, dass dieser Kongress den Beginn eines neuen Abschnitts im politischen Europa bedeutet, wobei die grüne Perspektive dabei ein Europa

der Toleranz statt der Ausgrenzung sei. Nun ginge es in den anstehenden Wochen bis zur Europawahl darum, die Alternativen aufzuzeigen zwischen einem weltoffenen, modernen und grünem Europa und jenem rückwärtsgewandten Europa der Berlusconi's. Die europäischen Grünen verabschiedeten auf dem Kon-

gress in Rom außerdem eine Resolution zur präventiven Friedenspolitik und eine weitere Resolution zum Nahost-Konflikt. Der Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Reinhard Bütikofer nannte Rom einen "historischen Beitrag" und wichtigen Schritt hin zu einer europäischen Demokratie.



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

V.i.S.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Grün wirkt!

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ
UNTER
WWW.GRUENE-GLADBECK.DE

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

anmelden: gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

abmelden: gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

März

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
01 Ausstellung „Gladbeck hier kaufe ich ein“	02 Klassisch-Roman- tische SpielART, Stadthalle	03 Dia-Vortrag „Euro- päische Schmet- terlige“, VHS	04	05	06 Kinderkleider- & Spielzeugmarkt, Gesamtschule	07 Solange es Frauen gibt, Stadtbüche- rei
08 Umweltausschuss	09 Sozialausschuss	10	11 Bauausschuss	12 Krimi-Dinner, Wasserschloss Wittringen	13	14 Führung Zeche Zweckel
15 Kulturausschuss	16 Jugendhilfeaus- schuss	17 Die Tupperparty, Stadthalle	18 Wirtschaftsaus- schuss	19 Jesus Christ Superstar, Stadt- halle	20 St. Patricks Day Festival, Stadthal- le	21 Die Großherzogin von Gerolstein, Wasserschloss
22 Schulausschuss	23 Sportausschuss	24 Dia-Vortrag „Wildbienen“, VHS	25 Friedrich Schrei- ber: Israel-Vortrag VHS	26 Krimi-Dinner, Wasserschloss Wittringen	27 Let`s Dance Party Hotel van der Valk	28 Hobbykunstmarkt, Begegnungsstätte Zweckel